



HESSISCHER LANDTAG

23. 05. 2023

Plenum

Dringlicher Antrag

Fraktion der Freien Demokraten

Aufstieg statt Abstieg: Bewerbung für Geldwäschebehörde unterstützen – Finanzplatzkompetenzen bündeln – Rahmenbedingungen verbessern

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag betrachtet das Abschneiden Frankfurts in unterschiedlichen Finanzplatzrankings mit Sorge. Als besonders Global besorgniserregend ist die schlechte Platzierung im Financial Centres Index (GFCI) zu werten. Der GFCI ist ein renommierter Index, der neben einer breiten Datenbasis auf über 100 verschiedene Indizes zurückgreift und diese zu einem globalen integriert. Während München, Berlin, Hamburg und Stuttgart ihre Plätze mitunter deutlich verbessern konnten, ist Frankfurt in der 32. Auflage des Index als eines der wenigen wichtigen europäischen Finanzzentren zum dritten mal in Folge abgerutscht. In der neuesten Auflage, dem 33. GFCI konnte Frankfurt zwar einen Platz aufholen, droht aber inzwischen von München überholt zu werden, welches sechs Plätze aufsteigen konnte. Beim 11. Global Green Finance Index (GGFI) der gleichen Autoren liegt der Finanzplatz Frankfurt lediglich auf Rang 36 und damit hinter nahezu allen anderen wichtigen Finanzplätzen Europas. Der Schwung aus der erfolgreichen ISSB-Ansiedlung konnte bisher nicht genutzt werden.
2. Der Landtag spricht sich für eine stärkere Vernetzung von Finanzplatz, Stadt-, Landes- und Bundespolitik aus, um den Standort zukunftsfähig zu halten. In diesem Sinne begrüßt der Hessische Landtag die Initiative der Bundesregierung, eine deutsche Bewerbung für Frankfurt als Sitz der neuen Europäischen Geldwäschebehörde (AMLA) einzureichen. Der Landtag begrüßt, dass sich sowohl die Stadt Frankfurt als auch Landes- und Bundesregierung für die deutsche Bewerbung einsetzen. Diese Bemühungen sollten weiter verstärkt werden. Es braucht jetzt eine gemeinsame Kommunikationsplattform, um die Zusammenarbeit der Akteure zu stärken.
3. Um mit einer Stimme zu sprechen, Kompetenzen zu bündeln und alle Kräfte zu kanalisieren, sollte die Landesregierung ihre Finanzplatzpolitik neu ordnen. Der Themenkomplex „Finanzplatz“ sollte im Wesentlichen in einem Ministerium konzentriert werden – aus derzeitiger Sicht im Finanzministerium.
4. Der Landtag unterstützt die Vertiefung der Kapitalmarktunion als einem zentralen Baustein für den Finanzplatz Frankfurt-Rhein-Main und die hessische Wirtschaft. Die Integration der europäischen Finanzmärkte wird maßgeblich dazu beitragen, die Kapitalallokation in der Europäischen Union effizienter zu gestalten, den Zugang zu Kapitalmarktfinanzierungen für kleine und mittlere Unternehmen, aber auch für Start-ups, zu erleichtern und damit zu mehr Wirtschaftswachstum und Innovation beizutragen.
5. Hessen als Heimat des Finanzplatzes Frankfurt hat ein besonderes Interesse daran, dass Gold-Plating, also die Übererfüllung europäischer Standards, künftig unterlassen wird. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, eine hessische Initiative gegen Gold-Plating auf den Weg zu bringen. Insbesondere für Privatbanken ist die Überbürokratisierung des Finanzsektors ein großes Problem. Viel mehr sollten bereits vorhandene nationale Regelungen daraufhin überprüft werden, ob sie übermäßige Anforderungen enthalten und an europäische Vorgaben angepasst werden können. In diesem Zusammenhang soll ein besonderer Blick auf die Regulierung von nachhaltigen Anlagen (ESG) geworfen und eine ESG-Strategie angeregt werden, die zum Ziel hat, dass ESG-Anlagen für alle am Kapitalmarkt Beteiligten vergleichbar werden.

6. Der Landtag stellt fest, dass das TechQuartier ein richtiger Schritt war. Eine Weiterentwicklung tut aber not. Ein TechQuartier 2.0 sollte die verschiedenen Finanzierungsmöglichkeiten von Start-ups stärker in den Blick nehmen.

Wiesbaden, 23. Mai 2023

Der Fraktionsvorsitzende:
René Rock